

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 78 (2000)
Heft: 1

Artikel: Die SVP als postmoderne Prätorianergarde
Autor: Jost, Hans Ulrich
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341520>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die SVP als postmoderne Prätorianergarde

Mit dem Wort «Sieg» anlässlich der Nationalratswahlen des vergangenen Jahres haben die Medien und die Öffentlichkeit den Erfolg der SVP masslos überhöht und dem Ereignis einen falschen Stellenwert gegeben. Wenn die SVP ihre Position massiv ausbauen konnte, so beruhte dies zu einem grossen Teil auf einer radikalen

Hans Ulrich Jost

Flurbereinigung im rechten und rechtsradikalen Spektrum der deutschschweizerischen Politik. Die seit Jahrzehnten wie Mückenschwärme auftauchenden rechtsradikalen und fremdenfeindlichen Bewegungen sind einfach von der SVP absorbiert worden. So macht diese Flurbereinigung nur sichtbar, was seit über hundert Jahren zum festen Bestandteil der schweizerischen politischen Kultur zählt: eine traditionalistische Rechte, die in immer wieder neuen Formen antidemokratisches, reaktionäres, fremdenfeindliches und nicht selten auch antisemitisches Gedankengut in die Politik einbringt. Ein Blick auf die Vorgeschichte dieser extremen Rechten hilft mit, die von der SVP getragene Rechtswende besser zu beurteilen.

Ursprünge des modernen Rechtsradikalismus

Am Ende des 19. Jahrhunderts kam die Welt des Konservatismus und der antiliberalen Reaktion zu einem Aufbruch, der, wenn auch nur vorläufig, im Zweiten Weltkrieg und im Holocaust endete. Antisozialismus, Antisemitismus, konservati-

ve Revolution, Überwindung der Ideen der französischen Revolution, Sozialdarwinismus, Rassismus, Militarismus, Blut- und Boden-Mythen, Kritik am Parlamentarismus und am Liberalismus bildeten die kruden Grundlagen einer vielfältigen Bewegung von Intellektuellen, Gruppen, Parteien und Verbänden, deren gemeinsame Zielvorstellung die Überwindung der liberalen Demokratie und die Vernichtung des Sozialismus war. Der Weltkrieg wurde von diesen Kreisen bewusst herbeigewünscht. «Wenn es zu einem grossen Krieg in Europa kommt», meinte Vilfredo Pareto 1904, «so wird der Sozialismus für mindestens ein halbes Jahrhundert verjagt und das Bürgertum für diese Zeit gerettet». So wurde der Weltkrieg vom Zaune gebrochen und diente, neben der internationalen imperialistischen Ausmarchung, jedem einzelnen Staat als Vorwand zum inneren Bürgerkrieg. Auch die Schweiz nahm an dieser Entwicklung lebhaft teil: Die Industrie machte mit den Kriegführenden lukrative Rüstungsgeschäfte, während die Armee des autoritären und deutschfreundlichen Generals Ulrich Wille mit gezogenen Säbeln um die «innere Ordnung» bemüht war. Das Resultat dieser Politik, bei der ein Sechstel der Bevölkerung armengenössig wurde, war der Landesstreik von 1918.

Die SVP, ein Kind des rechten Klassenkampfes

Die heutige SVP ist ein Kind dieser Zeit. Der Geist der Bürgerkriegspartei liess sie nie ganz los. Damit will ich allerdings nicht sagen, dass die 1918 gegründete

Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei BGB – wie sich die SVP bis 1971 nannte – ausschliesslich das Sammelbecken der reaktionären Kräfte jener Zeit bildete. Wie der Name andeutet, entstand die Partei als Interessenvertreterin der vom Industrialisierungsprozess wirtschaftlich ins Abseits gedrängten Bauern. Ein grosser Teil der Landwirte zählte in der Tat zu den Verlierern des Modernisierungsprozesses, den die Schweiz in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durchgemacht hatte. Dies war aber nur die eine Seite der Partei. Die andere bestand aus Vertretern hochorganisierter landwirtschaftlicher Organisationen, in denen reiche Bauern, Käsebarone, Advokaten und Bodenkreditbanken ihre monopolistischen Herrschaftsbereiche aufgebaut hatten. Der Erste Weltkrieg, währenddem die schweizerische Landwirtschaft auf Kosten der Städte und der Arbeiterschaft beträchtlich zulegen konnte, hatte diesen landwirtschaftlichen Apparat wesentlich gestärkt. Die Klein- und Mittelbauern aber fielen nach dem Krieg wieder in eine tiefe wirtschaftliche Misere.

Die Doppelbödigkeit der damaligen Landwirtschaft prägte denn auch die politische Ideologie der Partei und des Bauernverbandes. Im Namen ihrer wirtschaftlich bedrängten Bauern lamentierten sie gegen das Kapital, die Grossindustrie und den Sozialstaat, verteidigten jedoch in der Praxis die Interessen der Banken und der kapitalistischen Wirtschaft. Der Staat hinwiederum sollte in erster Linie als landwirtschaftliche Schutz- und Subventionsmaschine dienen, unterstützt von der Armee als Garant dieser inneren Ordnung.

Bauernpolitik und Kapitalinteressen

Über das Doppelgesicht von reaktionärer Bauernmystik und moderner Interessenpolitik, das die BGB-SVP von Anbeginn an prägte, gäbe es viel zu sagen. Ich möch-

te hier nur einen Aspekt aufgreifen, der ein besonderes Licht auf das Verhältnis von Kapital und Landwirtschaft wirft. Bekanntlich wurden die Bauern nicht müde, die drückende Zinsknechtschaft der Banken anzuprangern – in Wirklichkeit aber zogen Bauernverband und Banken am selben Strick. Ernst Laur, der allmächtige Sekretär des Bauernverbandes, betrachtete die Verschuldung der Landwirtschaft als nützliches Disziplinierungsmittel, mit dem die Bauern zur Modernisierung und Rationalisierung der Betriebe gezwungen werden sollten. Die Banken, die die Landwirtschaft als Kapitalreserve ausbeuteten, waren somit die heimlichen Verbündeten der Bauernführer. So bekämpften sie ebenfalls gemeinsam die sozialstaatlichen Projekte und die Fiskalpolitik des Bundes. Sie bildeten die zwar heimliche, aber nicht minder heilige Allianz der helvetischen Rechten, die im Parlament weite Kreise erfasste und die dank der Infrastruktur der landwirtschaftlichen Verbände eine weit über die Bauernschaft hinausreichende Anhängerschaft zu mobilisieren vermochte. In diesem System kam der SVP die Rolle der politischen Prätorianergarde zu.

Die SVP verstand sich aber auch von Anfang an als Sammelbecken des Gewerbes und der konservativen bürgerlichen Schichten der Städte. Sowohl aus der Geld- und Industriearistokratie Zürichs wie von den ehemaligen Gnädigen Herren Berns kam Unterstützung. Der zweite BGB-Bundesrat, Eduard von Steiger, 1940 gewählt und verantwortlich für die Flüchtlingspolitik der Kriegszeit, war ein typischer Vertreter dieses stockkonservativen und reaktionären Bürgertums. Ebenso gewichtig erwiesen sich Figuren wie der Direktor des Aarauer Kantonsspitals, Divisionär Eugen Bircher, der aus seiner Bewunderung für Nazideutschland keinen Hehl machte. Bircher brachte, als langjähriger Präsident des Vaterländischen Verbandes, nicht nur die Bürger-

**In Wirklichkeit
zogen
Bauernverband
und Banken am
selben Strick.**

wehren in die Nähe der Partei, sondern bestärkte auch die antisemitischen und fremdenfeindlichen Vorurteile, die in dieser Bewegung zum Grundrüstzeug zählten.

Die Nostalgie des Goldenen Zeitalters

Ich bin so ausführlich auf diese historischen Elemente eingegangen, weil sie in grossem Masse auch das aktuelle gesellschaftspolitische Potential der Partei charakterisieren. Als Knetmasse greifen die Parteiführer erneut auf eine konservative, durch den wirtschaftlichen und sozialen Wandel verunsicherte, im Ländlichen angesiedelte Basismitgliedschaft zurück. Nationalistische Glaubensbekenntnisse und billige politische Rezepte versprechen die Rückkehr ins Goldene Zeitalter. Die «Bewahrung mittelständischer Werte», schon in der Zwischenkriegszeit eine von der Partei oft angerufene Formel, vermittelt die Illusion eines politischen Schutzprogramms, das soziale Sicherheit für die «Einheimischen» und die eigene politische Familie verspricht. «Mittelstand» ist zugleich der Schlachtruf, mit dem unterprivilegierte Schichten ausgegrenzt und sozialstaatliche Ideen zurückgewiesen werden.

Die konkrete Interessenlage der Führer und der grossbürgerlichen Elemente der Partei präsentiert sich jedoch völlig anders. Zum einen sollen die Privilegien der landwirtschaftlichen Verbände bewahrt werden, handelt es sich doch um eine staatlich subventionierte Wahlmaschine, die ihre Wirksamkeit seit langem bewiesen hat. Zum andern, und weit wichtiger, geht es um die politischen Absicherungen für Kapitalbesitzer, die durch eine sozialpolitisch restriktive Herrschaft in Bern durchgesetzt werden sollen. Das Programm beruht zwar, wie in den 30er Jahren schon, auf einem Bündel unlösbarer Widersprüche: Beförderung und Schutz

des Mittelstandes, aber freie Bahn dem Grosskapital; Aufhebung des Sozialstaates, aber Garantie einer genügenden Altersvorsorge; nationale gesellschaftliche Abschottung, aber uneingeschränkte Beteiligung an der Globalisierung. Dennoch ist es möglich, dass sich nun, an der Wende zum 21. Jahrhundert, die SVP erfolgreich als nützlicher Wasserträger ultraliberaler Interessengruppen andient.

Der Rechtstrend der 1980er Jahre

Der Aufstieg der SVP beruht in grossem Masse auf der konservativen Trendwende der 80er Jahre. Der Mangel an Programmkohärenz war vermutlich ihrer Vorteil. Sie wartete nicht mehr darauf, dass neue Wählerschichten sich mit ihrem Programm auseinandersetzen, sondern formulierte Ein-Themen-Schlagworte entsprechend den Wählersegmenten, die als künftige Klientel sondiert wurden. Dann profitierte sie in der Europaabstimmung von der jahrzehntelangen amtlichen Indoktrination der Bevölkerung, der weisgemacht worden war, die Schweiz sei ein neutraler Gral in einem korrupten Europa, und nur ein Beharren auf dieser Position brächte Heil fürs Land. Die SVP verdankte schliesslich einmal mehr viel dem Kommunikations- und Pressesystem der landwirtschaftlichen Verbände. Hinzu kam die AUNS, eine Hilfstruppe, die in erster Linie zur Popularisierung eines nostalgischen, konservativen und reaktionären Heimatbildes dient. Schliesslich gelang dank der Arena des Fernsehens der Sprung zur postmodernen Medienpartei. Insgesamt erweist sich die SVP als zynische Organisation des politischen Marketings, bei dem die Wählersegmente bewusst selektioniert und die politische Agenda entsprechend den zu erwartenden Medienereignissen definiert werden.

Kurzfristig sieht die Konjunktur für die SVP nicht schlecht aus. Dies liegt in erster

**Die SVP bellt
als aggressiver
Hofhund des
Kapitals.**

Linie an einer ambivalenten Konvergenz gewisser aktueller Zielvorstellungen, die ihr und dem Finanzplatz Schweiz gemeinsam sind. Für den Finanzplatz, die internationalen Versicherungen und die multinationalen Gesellschaften ist die Schweiz als Vollstaat, mit Sozialpolitik und kostspieligem Bildungswesen, nur noch bedingt brauchbar. Für diese Interessen genügt eigentlich die Réduit-Funktion des Staates, d.h. eine Ordnungsherrschaft mit eingeschränkter demokratischer Aktivität, die in erster Linie dafür sorgt, dass das Land eine staatsrechtliche Wagenburg für Banken und Versicherungen bleibt, auf die weder Brüssel noch andere supranationale Instanzen Zugriff haben. Wichtigste aussenpolitische Aufgabe ist dabei die «Fiskalneutralität», das heisst die Verweigerung jeglicher Einsicht in die sensiblen Bereiche der privaten Finanzgesellschaften.

Mit der SVP gegen Staat und Sozialpolitik

Einer solchen Politik soll die SVP als hemdsärmelige Prätorianergarde zum Durchbruch verhelfen, in ähnlicher Weise, wie sie nach dem Landesstreik als Sturmbock gegen die Sozialdemokratie eingesetzt worden war. Zwei politische Strategien dienen heute den Interessen des Finanzplatzes:

1. Abblocken einer kooperativen multi- und supranationalen Aussenpolitik, die dem Staate Schweiz vermehrte Effizienz und internationale Kompetenz verschaffen würde. Die Aufwertung der staatlichen Autorität, die mit der Macht der multinationalen Wirtschaftsunternehmen in Konkurrenz treten könnte,

soll damit im Interesse von Grosskapital und weiteren Teilen der Wirtschaft verhindert werden.

2. Abbau des Sozialstaates, um die wirtschaftliche Staatsquote auf ein Minimum herunterzuschrauben. Damit soll der Zusammenhalt der republikanischen Zivilgesellschaft, die sich trotz ultraliberalem Trommelfeuer immer noch als kritischer Kontrahent zur internationalen Elite des Kapitals versteht, untergraben und zerstört werden.

In wichtigen Kernfragen ist die informelle Koalition von SVP und Finanzplatz schon realisiert. So ist beispielsweise ein massiver, von den Vertretern der Kapitalinteressen seit langem geforderter radikaler Steuerabbau ins SVP-Programm aufgenommen worden. Und in Sachen «Neutralität» hat Herr Blocher einen abgestandenen geschichtlichen Mythos so weit aufgemotzt, dass er bestens als patriotisches Feigenblatt für die «Fiskalneutralität» der Finanzinteressen eingesetzt werden kann. Die SVP bellt, wie sie dies in ihrer Geschichte schon oft getan hat, als aggressiver Hofhund des Kapitals. Das könnte durchaus zu einem postmodernen Trauma der Schweiz des 21. Jahrhunderts werden.

Hans Ulrich Jost ist Professor für neuste Geschichte an der Universität Lausanne.

Publikationen des Autors:

Die reaktionäre Avantgarde. Die Geburt der neuen Rechten in der Schweiz um 1900 (Chronos, 1992).

Politik und Wirtschaft im Krieg. Die Schweiz 1938–1948 (Chronos, 1998).